

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. November 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 138.

Die Prinzipale und der neue Tarif.

Nachdem in der vorigen Nummer Schluß gemacht worden ist mit den referierenden Artikeln zur Situation auf Gehilfenseite (den meisten Kollegen sicherlich das Signal zu erleichtertem Aufatmen gewesen, andern wieder die Befriedigung, daß die „Diktatur“ nun zu Ende und der Strom uferloser Debatten und endloser, nicht selten bloßstellender oder selbstschädigender Resolutionen wieder im alten Laufe), der „Korr.“ auch in vier Artikeln die Aufnahme der von 1912 bis Ende 1916 geltenden tariflichen Vereinbarungen bei den drei Sparten drüben schon besprochen hat, ist es ganz selbstverständlich, daß auch die Stellungnahme der Prinzipale selbst zu dem Tarifabschluß einer unbefangenen Betrachtung von uns unterzogen wird. Die Diskussion darüber ist ja bei der Prinzipalität noch immer nicht abgeschlossen, aber die noch folgenden Versammlungen dürften kaum etwas an dem Gesamtbild ändern.

Wenn man die Stimmung bei den Prinzipalen richtig beurteilen will, muß zum Vergleiche die Aufnahme des Tarifabschlusses von 1906 herangezogen werden. Da läßt sich denn sagen, daß vor fünf Jahren wohl auch in mancher Prinzipalsversammlung keine Hurra Stimmung geherrscht hat — der Organisationsvertrag und die Möglichkeit zu der Tarifserhöhung noch hinzutretender Lokalzuschlagssteigerungen bzw. -neueinführungen waren die Hauptschmerzen —, in diesem Jahr ist das aber noch weniger der Fall gewesen. Die Scharfmacher hatten eben auf einen ganz andern Ernteausfall gerechnet, und ähnlich war die Hoffnung in weiteren Prinzipalstreifen. In dieser bemerkenswerten Weise, wie diesmal verschiedentlich die Unzufriedenheit bei den Prinzipalen zutage trat, ist es noch niemals der Fall gewesen.

Die markanteste Stellungnahme war wohl die der rheinisch-westfälischen Prinzipale in Köln. In dem Punkte, wo sie direkt unglücklich zu nennen ist und total aus dem Rahmen der übrigen Prinzipalsversammlungen herausfällt, in der Gutenbergsbundfrage, sagen wir in dem nachfolgenden Artikel das Nötige. Aber auch sonst war alles andre denn Zufriedenheit über den Ausfall der Tarifverhandlungen zu hören. Die Lohnzulage und die Arbeitszeitverkürzung wurden als über das zulässige Maß hinausgehend bezeichnet und die von neuem auferlegten Lasten gegen einen einzigen Widerspruch als fast unerträglich charakterisiert, da es nicht gelungen sei, die durch den letzten Tarifabschluß gestiegenen Mehrkosten wieder genügend hereinzubringen. Die für die Prinzipale erreichten Verbesserungen wurden unzulänglich genannt und zum Teil als nur scheinbare nachgewiesen. Es wurde bedauert, daß es auch diesmal nur in ungenügendem Maße gelungen sei, die Fesseln zu einer berechtigten freien Ausnutzung aller technischen Errungenschaften und Einrichtungen zu sprengen, und weiter sprach man sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Gesamtheit der Prinzipalvertreter den Forderungen der Gehilfen nicht energischer widerstanden habe. Auch wurde der Meinung Ausdruck gegeben, der neue Tarif sei zu sehr auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der Großdruckstädte zugeschnitten. Schweigen wäre falsch, man müsse seine Ansicht öffentlich sagen. Die rheinisch-westfälischen Prinzipale haben also

eine kräftige Sprache geführt. Wenn sie außerdem erklärten, daß der neue Tarif voll von ihnen anerkannt und zur Einführung gebracht werde, so ist das die gefällige Umkleidung für eine ganz gepfefferte Ladung. Da nun unsre rheinisch-westfälischen Kollegen, vor ganz verschwindernden Annahmen abgesehen, dem Tarifergebnis einen weit freundlicheren Empfang bereiteten, so kann, auch nach andern Merkmalen zu schließen, wohl behauptet werden, daß gerade die Vertreter der schärferen Tonart unter den Prinzipalen eine recht ungünstige Bilanz von der Tarifrevision zogen. Das ist aber für uns Gehilfen kein Fehler.

Dann muß es auch in der Stettiner Kreisversammlung (für Pommern und Brandenburg) lebhaft hergegangen sein. Die Debatte soll sich nach übereinstimmenden Berichten teilweise recht erregt gestaltet haben; eine große Anzahl von Rednern äußerte sich unzufrieden über das Beschlossene, und an Resolutionen waren gleich mehrere eingegangen. In der zur Annahme gelangten wird die hohe materielle Belastung, die die Provinz kaum zu tragen in der Lage sei, bedauert. Auf das Bestimmteste erwarten die pommerschen und brandenburgischen Prinzipale entschiedene Schritte zur Hebung der durch schrankenloses Unterbieten auf einen Tiefstand gesunkenen Druckpreise. Auch würde verlangt, daß die Interessen der Provinzprinzipale mehr berücksichtigt werden und zur diesem Zwecke gefordert, daß neben dem eigentlichen, aus den Großstädten stammenden Kreisvertreter ein zweiter stimmberechtigter aus der Provinz zu den Tarifverhandlungen entsandt wird. Da auch auf unserer Seite Resolutionen mit unerfüllbaren Wünschen angenommen wurden, können sich ja Prinzipalsversammlungen den gleichen Luxus gönnen.

In Hamburg wurde Herrn Zeve auch kein allzu begeisterter Empfang bereitet. Von verschiedenen Rednern wurde bemängelt, daß wichtige Prinzipalsforderungen keine Berücksichtigung gefunden haben. Zum Beispiel sei es nicht gelungen, den Prinzipalen einen Einfluß auf die Wahl des Vertrauensmanns zu verschaffen, im Gegenteil wäre diesen noch ein besonderer Schutz durch eine längere Rindigungsfrist zugestanden. Ferner wurde moniert, daß die beabsichtigt gewesene wesentliche Reduzierung des Lohnzuschlags für die Maschinenseher nicht zur Tat geworden sei. Neben andern Ausständen wurde im besondern der erhoben, daß für die kleineren Betriebe die Lehrlingskala herabgesetzt worden ist.

Im dritten Tarifkreis, an dessen Vorort Frankfurt a. M. auf unsrer Seite kein gutes Haar am Tarifergebnisse gelassen wird, sind es speziell die Mainzer und Wiesbadener Prinzipale; die alles andre denn zufrieden mit dem Tarifabschlusse sind.

Die Prinzipale des Kreises IV (Württemberg, Baden, Pfalz und Hohenzollern) bezeichneten die materiellen Zugeständnisse als sehr weitgehend und das Gewerbe schwer belastend, denen nur im Interesse des sozialen Friedens und in Würdigung der Leuerung zugestimmt werden könne. Gält man dagegen das scharfe Verdict der Stuttgarter Kollegenchaft, dann gehört schon salomonische Weisheit dazu, ein gerechter Richter zu sein.

Auf der Versammlung des Kreises Bayern hielt der Prinzipalvertreter zwar vergeblich Ausschau

nach den zur „freundlichen“ Überreichung an ihn bestimmten Blumen, „wo die Köpfe noch bran sind“, aber mit geschmachten Fingern wurde das Produkt des Berliner Dreizehntageremmens auch dort nicht ausgenommen, vielmehr bedauert, daß der Fortbestand des Tarifs und des Friedens im Gewerbe „mit so großen Opfern für die Prinzipalität erkauft wurde, mit Opfern, die das Gewerbe außerordentlich schwer belasten“. Für München wird die Gesamtlohnserhöhung auf etwa 13½ Proz. berechnet.

Im Kreise VI (Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt) hat erst kürzlich die Hauptversammlung in Weimar stattgefunden. Einen Bericht haben wir noch nirgends entdeckt. Nach privaten Verlautbarungen ist aber die Mißstimmung groß. Die gegen den Druckpreisetarif Sturm laufende sogenannte Weimarer Gruppe zeigt sich ganz und gar ungehalten über den neuen Lohnarif. Sollten die bei einigen Wortführern, die sich ebenfalls auf die Zurückhaltung der Leistungen von seiten der Gehilfen festgebissen haben, bestehenden Absichten zu realisieren versucht werden, würde Kurzschluß eintreten müssen.

In Sachsen haben bis jetzt die wenigsten Versammlungen stattgefunden. Ja daß über die Aufnahme des neuen Tarifs im Kreise VII noch nichts Positives berichtet werden kann.

Der Kreis VIII (Berlin und Vororte) war der erste, der sein Votum abgab. Es fiel zustimmend aus; spricht aber von neuen Opfern, die den Prinzipalen auferlegt werden.

Mit dem Kreise IX (Schlesien) verhält es sich wie mit Sachsen. Der Bezirksverein Liegnitz hat zwar eine Versammlung abgehalten, die aber außer der Ausrechnung einer Gesamterhöhung des Lohnetats um etwa 14 Proz. keine Anhaltspunkte ergibt.

Von Posen, West- und Ostpreußen ist noch nichts in die „Zeitschrift“ gedrungen oder uns zu Ohren gekommen.

Der Kreis I hat sich auch noch in Schweigen geübt.

In Elsaß-Lothringen (Kreis IVa) hat, wie zu erwarten stand, die Lokalzuschlagsfrage, d. h. namentlich die Beibehaltung der 25 Proz. für Straßburg, zu einer tiefschmerzhaften Vermittlung zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft geführt. Wir hoffen, daß die Zeit bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifs hier noch die Gemüter beruhigen und einen befriedigenden Ausweg finden lassen wird.

Das wäre das, was im gegenwärtigen Augenblick über die Stellungnahme der Prinzipalität zu dem Tarifabschlusse vermeldet werden kann. Wir haben zu diesem Überblick nicht nur die „Zeitschrift“, sondern auch die Tagespresse und sonstige uns zugegangene Nachrichten benutzt. Daß die Tageszeitungen gleich nach Beendigung der Tarifverhandlungen ein günstigeres Urteil abgaben, entsprang dem allgemeinen Empfinden über die Erhaltung des gewerblichen Friedens. Denn wenn auch vorher noch so sehr mit dem Säbel gerasselt wird — und, vor der diesmaligen Tarifrevision konnte man dieses kritische Stimmungslage auslösende Geräusch in Permanenz hören —, wenn dann im entscheidenden Augenblicke das Schwert nicht aus der Scheide zu fahren braucht, wird das Gefühl

der Erleichterung im ersten Augenblick immer gern sich etwas impulsiv äußern. Daß die Prinzipalsversammlungen später ein gefäkrteres Urteil abgeben würden, stand für uns außer Frage, denn wir wußten, daß die Prinzipalsvertreter zumeist mit recht bedrückten Gefühlen aus Berlin heimzogen. Daß die wirkliche Stimmung bei den Prinzipalen über den neuen Tarif eine ganz andre war, ehe die eruptiven Versammlungen bei uns stattgefunden hatten resp. deren zum Teil recht kurzfristige Urteile bekannt waren, ergibt sich nicht nur aus den verschiedenen Betos in der vorstehenden Übersicht über die Prinzipalstagnungen, sondern auch aus der „Zeitschrift“ selbst. Schrieb doch das Prinzipalsorgan am 20. Oktober, also zu einem Zeitpunkt, wo über die Stellungnahme der Gehilfenschaft nur erst ganz wenig bekannt war:

Wir möchten also nochmals aussprechen, nicht die Kritik ist jetzt das Nächstliegende und auch nicht das Klagen über die neue Belastung, über ihre angebliche Undurchführbarkeit oder über ihre vermeintliche ruinierende Wirkung auf die kleineren Buchdruckereibetriebe. Mit dem Kritizieren und lamentieren wird nichts erreicht.

Das ist erstens ganz richtig gesagt, und zweitens wurde mit dieser Mahnung der gewollte Zweck erreicht: die Prinzipalsversammlungen legten sich in ihrer Kritik eine heftige Beschränkung auf. Bei uns jedoch verdingen die Vorstellungen des Verbandsorgans nicht so, über den „Korr.“ entlud sich vielmehr nun erst ein heftiges Ungewitter. Sollte diese Gegenüberstellung aber wenigstens nicht jetzt den in Kollegentreisen verschiedentlich noch hoch gestapelten Groll beschwichtigen? Zum stillen Nachdenken und einer konsequenteren Schlußfolgerung sind diese abschließenden Betrachtungen jedenfalls sehr geeignet.

Nachdem also nun die Wasser hängen wie drüben am Verlaufen sind, tritt die Frage der Einführung des neuen Tarifs in den Vordergrund. Innerhalb der Prinzipalität wie bei den Zeitungsverlegern ist man jetzt eifrig am Werke, für die Wiedereinbringung der erhöhten Produktionskosten die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. In den beiden Artikeln „Kampf um Sein oder Nichtsein?“ führten wir bereits an, daß die Zeitungsverleger einen ganz entschiedenen Schritt unternahmen, für die Mehrausgaben durch den neuen Tarif in nicht zu knapp bemessener Weise einen Ausgleich zu finden. Daß das den größeren Blättern gelingen wird, wurde bei jener Gelegenheit nicht bezweifelt, während auch wir für die kleine Presse Bedenken äußerten. Die auf den Buchdruck angewiesenen Prinzipale, also der größere Teil, werden erfahrungsgemäß mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen haben. Es wurde ja auch in den Prinzipalsversammlungen schon erklärt, daß die eintretende Erhöhung der Löhne sowie der sonstigen Gesehungskosten nur zum Teil wieder eingebracht werden könnte. Der von den Verlegern unternommene Vorstoß gegen die Druckpreiserhöhung (siehe Artikel „Ein starkes Stilk“ in Nr. 135) war der erste Vorgehensmaß der sich einstellenden Widerstände. Er gewinnt an Bedeutung durch die gleichzeitige Ankündigung einer Produktionsbeschränkung, mit welcher Absicht übrigens den in die verlegerischen Praktiken Eingeweihten nichts Neues gesagt wurde, denn schon im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ vom 27. Mai dieses Jahres ist von einem Beschlusse die Rede: in alle Verträge mit den Autoren die Streik Klausel aufzunehmen und schon jetzt Vorbereitungen zu treffen, die es ermöglichen, die Druckaufträge in den letzten Monaten dieses Jahres und darüber hinaus auf das Mindestmaß zu beschränken.

Die Werkdruckereien werden sich also in dem Anfangsstadium des neuen Tarifs auf eine Geschäftslage gefaßt machen müssen, die in einer größeren Arbeitslosigkeit in den in Betracht kommenden Druckorten ihren Ausdruck finden wird. Das haben wir ja auch schon vor den Tarifverhandlungen angedeutet und darauf aufmerksam gemacht, daß wie in den früheren Ablaufjahren einer Tarifperiode die Verleger auch 1911 den Buchdruck mit Aufträgen förmlich überschwemmt, was naturgemäß in der nächstfolgenden Zeit eine Reaktion zur Folge haben muß, die wir Gehilfen immer nicht am wenigsten zu spüren bekommen. Nun werden ja die Druckarbeiten für die Reichstagswahlen und in Bayern

cuch für die Landtagswahlen für die Allgemeinheit einen Ausgleich bringen, leider ist diesmal aber die Zeit der eigentlichen Wahlbewegung recht kurz bemessen. Das Ceterum censeo für die Prinzipale liegt daher in der vernünftigen Gestaltung des Druckpreisetarifs und seiner solidarischen Durchführung. Da wir Gehilfen an dem Gelingen dieses Kardinalpunktes nicht minder interessiert sind, so ist diesen Bestrebungen der bestmögliche Erfolg zu wünschen; auch in Anbetracht einer glatten Einführung des neuen Tarifs und seiner loyalen Handhabung.

In Kollegentreisen werden Stimmen laut, die Schwierigkeiten bei der Tarifeinführung befürchten. Wäre unser neues Gewerbegesetz so schlecht für die Gehilfenschaft, wie vielfach die Meinung ist, müßten solche Befürchtungen ganz hinfällig sein. Daß man sie hier und da hegt und vielleicht mehr noch als uns bekannt geworden, läßt nur den logischen Schluß zu, daß ein Teil der Prinzipale doch ein Haar in der Suppe gefunden hat. Äußerungen des Unmuts von solcher Seite geben dann Anlaß zu Gerüchten, wie sie ihren Weg auch zu uns gefunden haben. Wir legen ihnen nach den früheren Erfahrungen kein besonderes Gewicht bei. Einzelne Fälle von Renitenz sind noch immer vorgekommen, und die Tariforgane sowie letzten Endes die in Betracht kommenden Kollegen haben widerhaarigen Prinzipalen stets bald die Luft benommen, im Widerstande zu verharren. Zur Ehre unserer Prinzipalität muß aber gesagt und anerkannt werden, daß zwischen Beschließen bzw. Zustimmung und Einführen eines neuen Tarifs sich im allgemeinen kein Widerspruch ergeben hat. Das war nur in vereinzelten Fällen zu verzeichnen. Früher allerdings ging es nicht besser wie jetzt noch in den meisten andern Gewerben: da ist nicht der Abschluß, sondern die Durchführung die schwierigere Arbeit gewesen. Seit 1896 hat sich das Bild stark verschoben; nunmehr haben die Kollegen, wenn die Tarifberatungen beendet sind, den Tarif quasi schon in der Tasche. Die allermeisten Jahre gefühllos mit einem gewissen Angetaum verlangten Sicherungen (Kesselschwörungen), wie größeres Mitbestimmungsrecht, außerordentliche Generalsversammlungen, Urabstimmung, könnten dieses erfreuliche Faktum nur erheblich beeinträchtigen, wenn nicht stark Illusorien machen. Wie die Tarifgemeinschaft bei den Prinzipalen und den Gehilfen fest verankert ist, würden solche Experimente nicht nur unnütz, sondern sogar schädlich sein. Denn das steht einmal fest: auch bei den Prinzipalen sind vorhanden und würden sich gegebenenfalls noch mehr Anhänger solcher zweifelhaften Hintertüren finden!

Wenn dieser Artikel die Aufnahme des neuen Tarifs bei der Prinzipalität behandelt, so gebietet es die Pflicht, auch einer Kategorie von Firmen zu gedenken, die eine Ausnahmestellung einnehmen, es sind dies die Druckereien der sozialdemokratischen Organe. Überwiegend befinden sie sich jetzt in eigener Regie, sind also Arbeiterdruckereien im wahren Sinne des Wortes. Es ist bekannt, daß diese Geschäfte im allgemeinen bessere Arbeitsverhältnisse aufzuweisen haben als die sogenannten Privatbetriebe; namentlich gilt dies von der Arbeitszeit und den Ferien. Es gereicht uns zur Genugtuung, mitteln zu können, daß eine kürzlich stattgehabte Konferenz der Geschäftsführer der Parteidruckereien ihre Stellungnahme zu dem neuen Tarif in einer Weise präziserte, die Befriedigung auslösen kann und jedenfalls den Verlegern von solchen Blättern, die nicht genug die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin verunglimpfen können, zur Nachahmung zu empfehlen wäre. Danach tritt für diese eine ansehnliche Zahl unserer Kollegen beschützenden Druckereien der neue Tarif bereits am 1. Dezember in Kraft. Eine Verlängerung der Arbeitszeit an den Seismaschinen findet nicht statt. Der Sommerurlaub hat eine Erweiterung erfahren. Die Zulagen über die tarifliche Pflichtgrenze hinaus erfolgen je nach dem Lokalzuschlag in vier, fünf und sechs Stufen. In der untersten macht die Lohnerhöhung zum Teil volle 10 Proz. aus, teils eine Kleinigkeit weniger; in den höheren Lohnklassen finden Abstrufungen nach unten statt. In Druckorten ohne

Lokalzuschlag beträgt die Spannung 2,75 Mt. bis 2 Mt., in den mit dem höchsten Zuschlag 3,25 Mt. bis 2 Mt. Das übrige Personal erhält eine Teuerungszulage. So mancher Kollege in diesen Druckereien wird ja seine Erwartungen höher gesteckt, auf volle 10 Proz. für alle gerechnet haben. Allein auch in derartigen Geschäften geht es nicht allein nach dem Wollen. Das Gesamtergebnat ist jedenfalls anerkennenswert, denn auch der freiwillige Charakter der Zulagen entfällt hier vollständig.

Könnten wir vom Deutschen Buchdruckerverein auch schon mitteilen, wie hier die Empfehlungen der freiwilligen Zulagen für die Höherbegabten diesmal ausfallen werden, wäre es uns noch lieber. Wir sprechen aber die Erwartung aus, daß die zum Teil unnötig scharfe und teils auch ganz ungehörige Kritik an dem Ergebnisse der Tarifrevision in unsern Reihen auf die Entschließungen der Leitung der Prinzipalsorganisation keine Rückwirkung ausgeübt haben möge.

Becker — Gronowski!

Wie in vorstehendem Artikel ausgeführt, haben die rheinisch-westfälischen Prinzipale bei ihrer Stellungnahme zu dem neuen Tarife mit besonderem Scherz das Schicksal des von der Prinzipalität für den Gutenbergbund gestellten Antrags auf eine gewisse Anerkennung und Gleichberechtigung des Bundes vernommen. Unsern Lesern ist ja seit langem bekannt, daß die Prinzipalität des zweiten Tarifstreifes der Protokoll des Gutenbergbundes ist, wie sie aus den Artikeln des „Korr.“ über die Tarifverhandlungen auch wissen, daß der Gutenbergbund diese an sich wertvolle Unterstützung in seiner den Größten Gewerkschaften eignen Umarmung gar nicht zu schätzen weiß, denn sonst würde er nicht mit seinem Verlangen weit darüber hinausgehen, was die rheinisch-westfälischen Prinzipale für ihn glauben allenfalls vertreten zu können. Der Gutenbergbund zählt eben zur Speigels der unverschämten Armeen.

Auf der Prinzipalsversammlung von Rheinland-Westfalen am 28. Oktober war es Herr Lambert Kensing (Dortmund), der die als „wichtige Frage“ bezeichnete Angelegenheit des Gutenbergbundes eingehend besprach, und Herr Kensing wird wohl auch die lebhafteste Klage in der Resolution zuzuschreiben sein, daß es nicht gelungen ist, eines in der Hinsicht, hinsichtlich der Zulagen (siehe die Zusammenfassung) sich die Sache nach dem Recht und Billigkeit zuletzte Vertretung in den Tarifinstanzen zu verschaffen, während der Mehrheitsgehilfenorganisation eine solche Vertretung in allen tariflichen Behörden monopolartig eingeräumt ist. Weil man den Standpunkt der Mehrheit der Prinzipalität in dem westlichen Industriegebiet in konfessionellen und politischen Fragen kennt, und wenn man in Besondern weiß, wie diesmal die Prinzipalsvertreter des zweiten Streifes herangehen, die unter starken Zwangsverstellungen so aufgebaufchte Frage des Gutenbergbundes zu einer (nicht im Sinne der händlerischen Wünsche gelegenen) Erlebung zu bringen, so wird die in Köln angenommene Resolution nicht weiter verworfen. Da sie auch nichts zu ändern vermag an den Tatsachen, d. h. den Gutenbergbund nicht zu einer Macht erheben kann, und das Urteil der Buchdruckerallgemeinheit über diese Frage und in Besondern über die ihr zugrunde liegenden Motive nicht im geringsten fortgeritten wird, so wäre die Resolution für uns ja einfach mit dem Bedauern, daß die rheinisch-westfälische Prinzipalität in diesem Punkte so gar nichts von den tatsächlichen Verhältnissen lernen will, sowie mit der Bemerkung noch, daß der Verband in den Tariforganen nur die gleiche monopolartige Vertretung wie der prozentual schwächer organisierte Deutsche Buchdruckerverein besitzt, erleidet. Allein, es spielen noch einige „Imponderablen“ mit, die es angeeignet erscheinen lassen, den Prinzipalen in Rheinland-Westfalen zu raten, sich vor einem derartigen Resolvieren doch etwas genauer im eignen Kreis umzusehen.

Die Herren haben nämlich ausdrücklich beschlossen, der Faß- und der Tagespresse ihre Resolution zur Veröffentlichung zu überlassen. Nach den Versuchen, die öffentliche Meinung über den Gutenbergbund und seine Beschaffenheit irre zu führen, ihn als blütenweiße, unschuld erscheinen zu lassen, die Mitschleiber der eigentlichen Gehilfenorganisation im Buchdruckergewerbe dagegen als neonische Christenverfolger hinzustellen, erhält eine solche Information der Öffentlichkeit, selbst wenn sie nur für Rheinland-Westfalen in Betracht kommt, denn doch eine andre Bedeutung.

Herr Kensing, der gewandte Fürsprecher des Gutenbergbundes bei den Tarifverhandlungen, hat zu erkennen gegeben, daß ihm und den andern maßgebenden Prinzipalen von dem häufig ganz knurrenden Schreiben für den Gutenbergbund nichts bekannt sei, daß sie vielmehr nur von rechtlichen Gründen sich leiten lassen, für eine tariftreue Minderheit einzutreten. Als Kollege Grafmann darauf mit einem Zitat aus dem „Typograph“ über einen Vertretertrag von katholischen Arbeitervereinen replizierte, der eine Resolution faßte, in der die katholischen Arbeitervereinsmitglieder vor dem Eintritt in den Ver-

hand gewarnt werden, und die ihr Befremden ausdrückt, daß in Offizinen katholischer Verleger vereinigt noch eine unbegreifliche Rücksicht auf den Verband genommen wird, also ganz unverständlich den wirtschaftlichen Terrorismus gegen unsere Mitglieder predigt, da schwieg man betreten.

Darum ist es notwendig, daß die Herren ihre Pappenhemer besser erkennen lernen, und zwar in ihrer vorbildlichen Tarifreue, in ihrer zweifelsfreien Neutralität und den — natürlich unheimlichen — Versuchen Aufsehender mit der Arbeitsvermittlung und der Gewinnung von Mitgliedern für den Bund. Daß ein Mitglied des preussischen Abgeordnetenhaus als Arbeitsvermittler und Agitator für den Gutenbergsbund auf der Wilschlag-erschneit, legt der Sache gewiß einige Bedeutung bei, und daß der Zufall dieses M. d. N. der Zentrumsparlei angehören läßt, wird hoffentlich den alten Grundsatz nicht umstoßen: „Fiat justitia et percat mundus“.

Nach dem Zentrumsabgeordneten Becker, der im Wallst-Bau den Reichstanzler befragte, was dieser zu tun gedenke, um in der Reichsdruckerei die Agitation für den Verband der Deutschen Buchdrucker Einheit zu tun und das Koalitionsrecht zu schütten, der Zentrumsabgeordnete Gronowski, der katholische Gehilfen in die Druckerei des Herrn Kensing in Dortmund begiit, und der dann auf Anweisung des bündlerischen Vertrauensmanns demnach seiner Stellung Hineinbefördern die Aufnahmekarte des Gutenbergsbundes wie eine Pistole auf die Brust setzt. Es ist eine prächtige Fiktion! Ob bei Nichtausfüllung des Aufnahmeheftens mittels des Instanzenweges: vom Vertrauensmann zum Zentrumsabgeordneten Gronowski und von diesem zum Faktor Koll, das Hinausbringen nicht ebenso prompt erfolgt wäre, vermögen wir nicht zu sagen, da uns die Einstellungs- und Anstellungsvorfälle bei der Firma Kensing nicht weiter bekannt sind. Wir möchten von diesem Falle großen Mißverständnisses eines Außenstehenden nicht verallgemeinern, müssen aber sagen, daß dieser Vorgang freilich alle Deutungen zuläßt.

Auf unsern Redaktionsstisch kamen nämlich zwei Schreibbriefe aus Dortmund geflogen, beide von Anfang November datierend. Sie liegen drei Tage auseinander, gelangten in beiden Fällen in einem Kuvert der Geschäftsstelle der Zentrumsparlei des Wahlkreises Dortmund-Görbe zur Verlesung und stammen beide von dem Zentrumsabgeordneten Gronowski. Der zweite der beiden vor uns als Corpi delicti liegenden Briefe, die auf ein und derselben Schreibmaschine hergestellt wurden, trägt überdies als Aufdruck: „Geschäftsstelle der Zentrumsparlei des Wahlkreises Dortmund-Görbe, Fernsprecher 7680“.

Aus dem ersten Schreiben erfährt die hundertmal aufgestellte Behauptung, daß der Gutenbergsbund nach wie vor seine eigenen Arbeitsnachweise unterhält, von neuem bestätigt. Diesmal mit dem außerplanmäßigen Verlesungsstich die Zentrumsparlei der Wahlkreise Dortmund-Görbe für den Gutenbergsbund eine tariflich nicht zulässige Arbeitsvermittlung besorgt. Verlangt doch der Brief das Folgende:

Nach Rücksprache mit Herrn Faktor Koll von der „Tremonia“, teile ich Ihnen mit, daß er dieselben einen Seher noch einstellen könnte. Er hat mich beauftragt, Sie zu ersuchen, sich wegen der Stellung mit ihm in Verbindung zu setzen.
Eine verbindliche, feste Zusage hat er mir nicht geben können. Ich stelle anheim, das Weitere persönlich zu tun.
Hochachtungsvoll!
Gronowski.

Die rheinisch-westfälische Prinzipalität, die dem Verband gegenüber auf die allerhöchste Korrektheit in bezug auf die Agitation in den Druckereien und auf die parteipolitische Neutralität dringt und in solchen Sachen auch in Kleinigkeiten groß ist, wird aber eine noch unangenehmere Wahrnehmung machen müssen, nämlich daß ein Abgeordneter und Angestellter der Zentrumsparlei auf Veranlassung des Gutenbergsbundes Druckereiaugation betreibt! Unter Verwahrung eines offiziellen Briefbogens des schon gedachten Zentrumswahlkreises schrieb nämlich Herr Gronowski an den in Frage kommenden, von ihm in die „Tremonia“ vermittelten Seher einige Tage darauf:

Der Vertrauensmann des Gutenbergsbundes, Herr Gustav Schönbrenner, Dortmund, Ritterhausstraße 15, ersucht mich, Sie zu bitten, dem Gutenbergsbund als Mitglied beizutreten. Herr Schönbrenner ist auch bei der Firma Gebr. Kensing als Seher beschäftigt.

Sie wollen, bitte, die beiliegende Karte ausfüllen und ihm persönlich übergeben.

Die beigelegte Karte ist die von der Bundesleitung eingeführte und an diese auch abzuführende, 20 Fragen umfassende Beitrittsklärung zum Gutenbergsbund.

Zwischen der Sehmieerei Beders im Reichstags über die angeblichen Drangsalierungen von Bündlern in der Reichsdruckerei, die mit allerlei parteipolitischen Wädhchen verbrämt war, und der positiven Agitation des preussischen Landtagsabgeordneten und christlichen Arbeitsekretärs Gronowski für den Gutenbergsbund in der Druckerei eines namhaften Zentrumsblattes liegen nur einige Tage. Darum paßt auch das eine so gut zum andern.

Man weiß nicht recht, wer sich mit dem Gutenbergsbunde mehr bloßstellt: die Zentrumsparlei oder die rheinisch-westfälischen Prinzipale. Letztere, die aus falscher Prinzipienreiterei den Deutschen Buchdruckerverein zum Abschluß eines in seiner praktischen Bedeutung ganz belanglosen Haftungsvertrags mit dem Gutenbergsbunde

nach dem Beispiele des Organisationsvertrags drängen und nur setzen müssen, daß der Bund die mit der Prinzipalorganisation als Vorbedingung eingegangenen drei Hauptverpflichtungen (volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit von den christlichen Gewerkschaften, bindende Gewähr voller Selbständigkeit in allen tariflichen und gewerblichen Fragen sowie Beschränkung der Agitation für den Bund nur innerhalb des Gewerbes und nur durch die eignen Mitglieder) mit jedem Tage gröblicher verlegt, ja offen erklärt, er werde die Aufhebung der Öffentlichkeit in der Weise wie mit Veder und Stegerwald fortsetzen, werden bei einigermaßen Vorurteilslosigkeit sich doch sagen müssen, daß sie von dem Gutenbergsbunde mit allen seinen Verpfändungen getäuscht sind, er direkt vertragsbrüchig geworden ist. Ferner werden sie sich auch sagen müssen, daß eine gründliche Beobachtung der vielen stillen Wasser in Rheinland-Westfalen geboten ist, wenn anders sie nicht, wie in diesem Falle Herr Kensing, peinliche Überwachungen mit ihrem eignen Gehör erleben wollen. Denn selbstverständlich ist dies doch nur ein Fall von vielen.

Die Zentrumsparlei kann auch nicht erbart sein von der Geschicklichkeit ihres alle Vorlicht außer acht lassenden Mitgliedes Gronowski in Dortmund. Wenn ihre Presse zu Lob und Preis der christlichen Gewerkschaften auf den Verband als sozialdemokratische Gewerkschaft losschlägt, dagegen den Gutenbergsbund als ein Vorbild der Neutralität feiern muß, und Zentrum und Bund werden so in flagranti ertrapt, dann gibt es nicht nur ein Höllengedächter, sondern es drängen sich auch Betrachtungen der Parteimoral auf. Die sind, wie wir verneinen, auch für diese Partei jetzt nicht so unbedenklich. Zudem ein anderer Zentrumsmann im Reichstag erst vor kurzem als ein Opfer bündlerischer Verleumdung keine schöne Rolle gespielt hat. Das Volksempfinden ist mehr ehrlieh als robust, der Vogel ist sowieso schon überpannt.

Der Gutenbergsbund selbst hat an Ansehen nichts mehr einzubringen. Man wird in den ihm wohlwollenden Kreisen allerdings nun, wo dem seinerzeitigen Zentrumsflugblatt als Beilage zum „Typograph“ jetzt als Hauptstapler diese herrliche Verbrüderung mit der Zentrumsparlei und damit die völlige Demaskierung seiner vielgerühmten Neutralität gefolgt ist — was will das 168 Seiten umfassende des Bequassel über die Neutralität des Verbandes in der bekannten bündlerischen Broschüre „Demaskiert“ gegen diese zwei Kapitalfälle besagen? — über ihn noch mehr die Nase krummen und ihn noch besser als einen unheimlichen Antontion erkennen gelernt haben, mit dem man sich nur blamieren kann. Das haben denn auch alle seine Freunde und Gönner, Protektoren und Fürsprecher ganz und gar erreicht. Es wird also niemand groß darum beneiden

Das Buchgewerbe im Auslande.

Österreich. In einem prinzipiell wichtigen Entscheidungsfalle kam das Tarifschiedsgericht für Niederösterreich anlässlich verschiedener Streitfälle, die in Tirol, insbesondere in Innsbruck, entstanden waren. Seit längerer Zeit wurde nämlich von den Tiroler Prinzipalen heftiger Klage geführt, daß es ihnen durch das Vorgehen der Gehilfenschaft nahezu unmöglich gemacht werde, freigeordnete Plätze durch Gehilfen aus andern Kronländern oder aus dem Auslande zu besetzen. Dadurch entwickelte sich ein fortgesetzter Meinungsstreit zwischen den Organisationsleiter Parteien. In der Druckerei eines Innsbrucker Prinzipals funktionslos wurden im Laufe des Jahres neben Verbandsmitgliedern auch Nichtverbandsmitglieder eingestellt. Nachdem alle Personen des Betriebs längere Zeit hindurch ruhig nebeneinander gearbeitet hatten, kam es plötzlich zu Streitigkeiten. Im Verlaufe derselben wurde von dem betreffenden Prinzipal an einem Sonnabend gefordert, die Erklärung abzugeben, daß er alle Gehilfen gleichmäßig behandeln und in Zukunft nur noch Verbandsmitglieder einstellen werde. Da eine rasche Einigung nicht zu erzielen war, wurde eine Aussprache von den Funktionären des Tarifschiedsgerichts für die ersten Tage der nächsten Woche in Aussicht genommen. Ohne indes diese Besprechung abzuwarten, kündigten die in jener Druckerei beschäftigten Gehilfen am gleichen Tag, und zwar unter Zustimmung der örtlichen Gehilfenleitung. Der Prinzipal war imstande, die Lücken sofort durch vorhandene Nichtverbandsmitglieder zu ergänzen; man hat ihm auf Gehilfenseite also in die Hände gearbeitet und ihn so in die Lage versetzt, einen vielleicht langgehegten Wunsch zu verwirklichen. Eine Vermittlungsaktion wurde nach Lage der Dinge als aussichtslos angegeben. Der Prinzipalverein verschränkte die Situation noch wesentlich durch den Beschluß, jene Gehilfen, die nach gemeinschaftlicher Kündigung 14 Tage darauf aus der betreffenden Druckerei ausgetreten waren, durch zwei Jahre in Tirol nicht mehr zu beschäftigen. Nach mehrstündiger Beratung fällte das Tarifschiedsgericht in dieser Sache folgendes Urteil: Die Tarifgemeinschaft ist eine Institution, berufen, durch Regelung des Arbeitsvertrags dauernden Frieden zwischen Prinzipalen und Gehilfen zu erhalten. Es ist Pflicht beider vertragstheilnehmenden Teile, alles auszubieten, um dieses Ziel zu erreichen und alles zu unterlassen, was dasselbe gefährden könnte. Jeder Teil hat das Recht, Verstöße gegen obige Grundsätze den tariflichen Instanzen zur Untersuchung und eventuellen Nachspruch vorzulegen. Ein Zuwiderhandeln gegen diesen Rechtsgrundsatz bedeutet eine Verletzung der Tarifgemeinschaft. Insbesondere ist es unstatthaft, wenn von Seite der Gehilfen einem Prinzipale die Anwerbung von Gehilfen nach seiner Wahl oder von Seite der Prinzipale einzelnen Gehilfen die Er-

langung einer Kondition erschwert oder unmöglich gemacht wird. Das Tarifschiedsgericht erklärt daher nach durchgeführter Verhandlung: a) der Beschluß der Prinzipale vom August 1911, die aus einer Offizin nach 14 tägiger Stündigung ausgetretenen Gehilfen durch zwei Jahre in Tirol nicht mehr zu beschäftigen, ist unzulässig; b) die Gehilfenorganisation hat kein Recht, einem tarifreueren Prinzipale die Aufnahme von nicht in Tirol sich aufhaltenden Gehilfen zu erschweren oder zu verhindern.

Frankreich. Im Anschluß an den Konflikt zwischen dem Zentralkomitee und der Pariser Maschinenmeistersektion sind die Verbindungen zwischen diesen Körperschaften abgebrochen und das Zentralkomitee macht folgendes bekannt: Die französischen und ausländischen Maschinenmeistersektionen werden aufgefordert, Paris so viel als möglich zu meiden; trotzdem ist die Reiseunterstützung nicht aufgehoben. Da das Zentralkomitee sich gegen jede Neubildung irgendeiner Maschinenmeisterorganisation auflehnen will, so empfiehlt es den etwa zureisenden Kollegen, sich in das bestehende Syndikat anschließen zu lassen. Abreisende Mitglieder treten, sobald ihre Beiträge in Ordnung, sofort in alle Rechte ein. Nur Besten ist es freilich, dem ersten Wunsche des Zentralkomitees zu entsprechen, denn neben diesem idealen Zustande herrscht eine große Arbeitslosigkeit und eine Tarifbewegung steht bevor. Ferner diene zur Kenntnis, daß zurzeit Bewegungen in Lille, Fontenay-le-Comte und Morlaix ausgebrochen sind, weshalb die nötigen Vorsichtsmaßregeln auch hier zu beobachten sind.

Ein kleiner moralischer Erfolg ist aus Paris zu melden, doch ist er auf die Rechnung des Zentral- und nicht des Sektionskomitees zu setzen. In der Nationaldruckerei wurde erstere von der Direktion die Versicherung gegeben, daß den Druckereiarbeitern jede Freiheit zur Ausübung ihrer Funktion zugesichert sei, auch das Verteilen von Verbandsdrucksachen, Zirkularen usw. sei erlaubt, wenn der Inhalt technisch und der Leitung gegenüber nicht beleidigend sei.

Die etwas an den Haaren herbeigezogene zweite Urabstimmung der Pariser Geserktion betraf die Amnestie für die Vergessen gegen die Verbandsprinzipale hatte folgendes Resultat: Auf die Frage: „Sind Sie Fürsprecher einer Amnestie anlässlich der in Aussicht stehenden Lohnbewegung?“ antworteten 1355 mit Ja, 741 mit Nein; derplittung 149. Auf die zweite Frage: „Soll die Amnestie eine allgemeine sein oder Ausnahmebestimmungen enthalten?“ entfielen 785 Stimmen für die vollständige und 645 Stimmen für die Amnestie mit Ausnahmebestimmungen; die größte Anzahl der Stimmgatteln (815) war unbeschrieben. Nach diesem Resultate verspricht das Sektionskomitee sofort mit der Propaganda zu beginnen, um die verloren gegangenen Mitglieder für das Syndikat zurückzugewinnen.

Belgien. Die Situation des ausgebrochenen Konflikts in den Druckereien Couveloos und Fuytynck in Brüssel ist unverändert. Beide Firmen versuchen, ihre eiligen Arbeiten anderweitig herstellen zu lassen, wobei es noch in einer dritten Druckerei zum Streik kam, der aber schon nach einem Tage beendet wurde, da die betreffende Firma auf den Auftrag verzichtete. Das Komitee gab bekannt, daß es jederzeit zu Unterhandlungen bereit sei. Ferner ist ein Streik in Mons ausgebrochen. Die Lage in Charleroi und Lüttich ist nach wie vor wenig rosig. In Verviers schreitet die Wessierung nur träge vorwärts; es sind noch immer über 60 Fabrik vorhanden, also rund 50 Proz. Aus diesen Gründen liegt es im Interesse der reisenden Mitglieder, da ja auch noch immer die Unterstufung aufgehoben, Belgien vom Reiseprogramm zu streichen.

Auf den Appell des belgischen Verbandes an das Internationale Sekretariat, ihn in der gegenwärtigen Krisis beizugehen, ist bereits eine erste Sendung von 2000 Mk. eingetroffen, ferner genehmigte das französische Zentralkomitee die gewünschte Anleihe im Betrage von 5000 Fr.

Die Sektion des belgischen Verbandes in La Louviere richtete ein Schreiben an alle Prinzipale, in dem sie sie auffordert, durch Ablehnung der Druckaufträge der Zwischenhändler diesen endlich das Handwerk zu legen, da deren Zahl scharflich überhand genommen hat. Vergleiche Elektrotechniker, Schiefhandbesitzer, Zeitungshändler, Schuhmacher, Kirchenbiener usw. empfehlen sich zur Annahme und promptester Ausführung von Druckaufträgen; selbstverständlich ohne auch nur ein halbes Pfund Zwiebelstiche ihr eigen zu nennen. Es bleibt abzuwarten, wie weit die Prinzipale den Wünschen unfrer Kollegen in beider Interesse nachkommen werden.

Italien. In einem im lebenswichtigsten Tone gehaltenen Zirkular unterbreiteten die Kollegen von Bergamo ihren Prinzipalen den Wunsch einer Lohnerhöhung, um den weiteren Verhältnissen halbwegs gewachsen zu sein. Die Adressaten hatten jedoch weder für die Forderung noch für das alte Sprichwort: „Immer höchlich ist lateinische Sitte“, Verständnis und warteten, weil das zuletzt zu Mode, auf ein Minimum. Und da es von letzterem bis zum Kriege nur einen Schritt, so ist dieser seit einigen Wochen ausgebrochen. Daß es soweit kam, daran trägt die Hauptschuld, daß Bergamo ein „Institut der graphischen Künste“ besitzt, dessen moderne Kapitalisten, zum Teil Erfolgskünstler, den Klassenkampf aus der Welt schaffen möchten, aus Liebe zur Demokratie und — ihrem Portemonnaie. Die andern Geschäfte folgen dem bösen Beispiel, und so beträgt die Zahl der Streikenden für das kleine Bergamo 180. Wenn sie weiter so wacker zusammenhalten wie jetzt, werden sie ohne Zweifel ihre „demokratischen“ Gegner zwingen,

den Arbeitnehmern das schöne Gebot der Demokratie, das Mitbestimmungsrecht an ihren Arbeits- und Lohnbedingungen, einzuräumen. — Von diesem Gebote ließ sich, wenn auch erst nach acht Monaten, auch der Buchdruckermeister Angelo Bianello in Udria überzeugen, so seinen Kollegen — die in ihrer „gehobenen Lebenslage“ ihre Zeit, in der sie noch am Rasten fanden als Gehilfen, vergehen — ein gutes Beispiel gebend. Der größte Teil der Streikenden ist in den langen acht Monaten anderweitig untergekommen, und der Rest der Konditionslosen soll in einer zu gründenden Korporationsdruckerei Anstellung finden. — In Caltanissetta war ein Prinzipal der Meinung, er brauche seine Arbeiter nur bezahlen, wenn ihn seine Kunden bezahlten. Da der Verband diese Ansicht nicht teilte, kam es zum Streik, der nach achtstägiger Dauer die nötige Einigkeit im Denken brachte. — Auf ebenso irrigem Wege befand sich der Prinzipal Rocchi in Lucca in der Meinung, einmal Gesagtes dürfe man nicht zurücknehmen, selbst wenn man es als eine Ungerechtigkeit erkenne. Er hatte nämlich einen Arbeiter ohne Grund beleidigt, wie er das selbst zugab, wollte aber die ausgesprochene Strafe — eine Woche Aussehen, nachdem er die Kündigung zurückgegeben — absolut verbißt haben. Die ganze Geschichte, in der das schöne Gebot eine Rolle spielt, endigte mit dem Streik des ganzen Personals, der nun schon einige Wochen dauert. Kleine Ursachen, große Wirkungen!

Rusland. Am 14. Oktober (27. n. St.) verfügte die besondere städtische Behörde für Vereinsangelegenheiten in Petersburg die Schließung einer Prinzipalsvereinigung, des Verbandes der Typographen. Als Grund der Schließung wurde Untätigkeit angegeben. Bei den Gehilfen dagegen erblickt die Behörde in der Nützlichkeit einen plausiblem Aufstellungsgrund.

Wie es nämlich den Anschein hat, soll auch der dritten Organisation der baltischen Bucharbeiter, dem Professionellen Vereine der graphischen Künste in Riga, nach kaum halbjährigem Bestande behördlicherseits der Garauz gemacht werden. Am 24. Oktober (6. November n. St.) erschien die Polizei und ein Beamter der Gouvernementskanzlei im Geschäftstale des genannten Vereins, um eine Revision seiner Tätigkeit vorzunehmen, die indessen nichts Belastendes zutage förderte. Auf Verfragen über den Grund der Revision erhielt der Sekretär Kollege Bruwly von dem Beamten die Antwort, es seien Fragen über den Verein eingelaufen, während die Polizei durchblicken ließ, daß eine Denunziation im Spiele ist. Ein Interesse an der Unterdrückung des Professionellen Vereins besteht in erster Linie bei den Prinzipalen, die übrigens kein Hehl daraus machen, daß ihnen der genannte Verein ein Dorn im Auge ist. Vor kurzem erst hat der Geschäftsführer der größten Druckerei Rigas sich geäußert, „daß die Prinzipale Rigas bald wieder die Schließung des Vereins veranlassen werden“. Auf der letzten Generalversammlung wurde auch über die Tarifffrage gesprochen und kurze Zeit vor dieser Versammlung wurden — aber nicht etwa von den Gehilfen — Anforderungen zum Streik in die Druckereien gesandt. Diese hatten lediglich den Zweck, der Behörde einen Vorwand zum Einschreiten gegen den Verein zu liefern. Am 25. Oktober (7. November n. St.) verlangte denn auch der Gouverneur das Protokoll der Generalversammlung, wobei er sich besonders für die Tarifffrage interessierte. Da ähnliche Vorgänge sich auch bei der Auflösung des Baltischen Buchdruckervereins und des Rigarer Vereins der im Buchgewerbe Tätigen abspielten, so ist die Sorge leider berechtigt, daß auch die jetzige Organisation der baltischen Bucharbeiter über kurz oder lang ein Opfer der russischen korrupten Verhältnisse werden wird.

China. Das erste Abendblatt im Reiche der Mitte ist vor einiger Zeit unter dem Titel „The Messenger“ erschienen. Wenn auch die Zahl der europäischen Zeitungen in China eine ziemlich große ist, so fehlt es doch bisher an einer abends erscheinenden. Alle vorhandenen Blätter wurden nämlich bis jetzt des Morgens oder im Laufe der Tagesstunden verbreitet. Der Druck des neuen Moniteurs erfolgt in roter Farbe.

Korrespondenzen.

Wien. Auf ein 50jähriges Bestehen konnte am 20. November die hiesige Buchdruckerei U. F. F. Duntmann zurückblicken. Aus kleinen Anfängen hat sich die Firma zu ihrer gegenwärtigen Höhe emporgeschwungen. Am Morgen des Jubeltages versammelte der Chef seine Angestellten im schön ausgeschmückten Selterssaal zu einer sinnigen Feier. Als Abgeandter des Deutschen Buchdruckervereins und dessen Bezirksvereins Oldenburg-Oldenburg-Ostfriesland überbrachte Herr Popps (Beer) dessen Glückwünsche und überreichte ein künstlerisch ausgeführtes Gedächtnisblatt. Herr Gahn (Guden) gratulierte namens der „österreichischen Buchdrucker“. Das Personal überreichte seinem Chef eine von Künstlerhand ausgeführte Adresse. Herr Duntmann dankte bewegt und wies in seiner Ansprache auf das schöne Einvernehmen zwischen Personal und Geschäftslitung hin. Als besondere Gratifikation erhielt jeder Angestellte den doppelten Wochenlohn; außerdem überreichte der Chef jedem ein von ihm herausgegebenes schön ausgestattetes „Österreichisches Dichterbuch“. Von allen Seiten liefen am Tage Glückwunschtelegramme ein, so auch vom Gau- und vom Bezirksvorstande des Verbandes. Ersterer verband mit seiner Gratulation den Wunsch, daß das bisherige gute Einvernehmen zwischen Herrn Duntmann und seinem Personal auch fernerhin fortbestehen möge. Mit einem

Festmahl am Abend des Tages schloß die Feier. Sämtliche in Betracht kommende Angestellte der Firma gehören dem Verband an.

Berlin. (Generalversammlung des Gauvereins am 23. November.) Die Generalversammlung hatte zunächst die Wahl des Gauvorstandes bzw. die Aufstellung der Kandidaten für diese Wahl vorzunehmen. Sie wählte als ersten Vorsitzenden Kollegen Massini und als zweiten Vorsitzenden Kollegen Albrecht gegen wenige Stimmen wieder. Da die bisherigen Schriftführer Adam, Schulz und Strieker eine Wiederwahl ablehnten und Kollege Wiesepp infolge seiner Wahl zum Vizepräsident des Verbandes das Schriftführeramt niedergelegt hat, so wurden als Schriftführer die Kollegen Max Ebel, Ernst Müller, Reinhold Nimmer und Paul Schiefner gewählt. Zur Wahl von neun Beisitzern, die durch Stimmzettel in Urabstimmung erfolgt, wurden elf Kandidaten aufgestellt. Als Kassierer wurde Kollege Schieffler, als Verwalter Kollege Westek und als Vereinsbote Kollege Moriz wiedergewählt. Die Wahl des zweiten Vereinsboten wurde wegen andauernder Krankheit des bisherigen Boten Klein zurückgestellt und der Posten vertretungsweise dem Kollegen Max Pfeiffer übertragen. Die Anstellung der übrigen Hilfskräfte wurde von der Versammlung bestätigt. Als Kandidaten zur Wahl des Gehilfenkreisvertreters sowie dessen ersten und zweiten Stellvertreter nominierte die Versammlung die Kollegen Albert Massini, Rudolf Albrecht und Robert Braun. Zu Mitgliedern des Schiedsgerichts wurden in Vorschlag gebracht die Seher Brünnner und Schieffler, Maschinenseher Kreisler, Drucker Ackermann, Notationsmaschinenmeister Hoffmann und Stereotypur Stenzhorn. Die Generalversammlung bewilligte sodann den arbeitslosen Kollegen sowie den Invaliden zum Stiftungsfest eine Extraaufenthaltung von je 3 Mk., ferner den zum Weihnachtstfest arbeitslosen Kollegen, sofern sie im letzten Quartale mindestens eine Woche arbeitslos waren, nach Leistung von 13 Wochenbeiträgen in Berlin je 5 Mk., nach 50 Beiträgen je 8 Mk. und nach 100 Beiträgen je 10 Mk. Extraaufenthaltung. Den Schriftführern im Gauvorstande sowie dem Obmann des Tariffschiedsgerichts bewilligte die Versammlung wie bisher wieder eine Remuneration. Nach lebhafter Debatte wurde ferner eine Erhöhung der Gehaltsätze sämtlicher Vereinsangestellten beschlossen. Der Generalversammlung lag im weiteren folgenden Antrag des Kollegen Ebel vor: „Die Generalversammlung beschließt im Prinzip eine der Größe des Gaus entsprechende Reorganisation, die — unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen anderer Organisationen mit großer Mitgliederzahl — zum Ziele hat, die Beteiligung sämtlicher Mitglieder am Vereinsleben und an der Organisationsarbeit zu ermöglichen und eine bessere gemeinchaftliche Erziehung und Durchbildung zu erreichen. Sie wählt eine Kommission, die in Gemeinschaft mit dem Gauvorstande einer später einuberufenen Generalversammlung zweckentsprechende Vorschläge zu machen hat.“ Zur Begründung dieses Antrags führte Kollege Ebel aus, daß die Verhältnisse im Organisationsleben unhaltbar geworden seien, nachdem sich der Berliner Gauverein so ungeheuer entwickelt habe, daß eine Zusammenfassung der Mitglieder in gemeinsamen Versammlungen unmöglich sei. Die infolge dieser Verhältnisse mangelnde Aufklärungsarbeit habe in weiten Kollegenkreisen einen Indifferenzismus gesetzt, der unbedingt beseitigt werden müsse. Nach längerer Diskussion nahm die Generalversammlung den Antrag an und wählte eine Kommission von sieben Mitgliedern, die unter Hinzuziehung der Vorsitzenden der Berliner Vorortvereine sowie des Gauvorstandes den Antrag beraten soll. Die Unterstützung der ausgesperrten Tabakarbeiter hatten zwei Anträge zum Gegenstande, die beide dafür die Erhebung eines Extrabeitrags von 20 Pf. wünschentlich vorschlugen. Nachdem Kollege Strömer diesen Antrag kurz begründet und der Vorsitzende noch besonders auf die schweren Kämpfe der Arbeiterschaft in der letzten Zeit hingewiesen hatte, beschloß die Generalversammlung die Erhöhung des wöchentlichen Beitrags von 1,80 auf 2 Mk. vom 2. Dezember ab bis auf weiteres. Zum Schluß nahm die Versammlung debattelos noch einen Antrag des Kollegen Petzsch an, für alle durchreisenden Verbandskollegen das Nachtlager in der Herberge des „Gewerkschaftshaus“ bis zu einer Aufenthaltsdauer von drei Tagen aus der Gauskasse zu bezahlen. Damit war nach dreieinhalbstündiger Verhandlung die umfangreiche Tagesordnung der Generalversammlung erledigt.

Hannover. Eine betrübende und zugleich erschütternde Nachricht durchliefte am 20. November die Kollegenchaft Hannovers. Der Tod unseres braven Kollegen Hermann Siemens ward gemeldet. Viele Kollegen zweifelten, wiederum andre lächelten ungläubig, als wollten sie sagen: „Nacht doch keine solche Späße“, während eine weitere Anzahl, namentlich seine Freunde und Altersgenossen, die Nachricht erschrocken und schweigend entgegennahm. Wer war Hermann Siemens, wird der Leser fragen? Einer der bravsten, tüchtigsten und selbstlosesten Kollegen des Totalvereins Hannover, der jahrelang im ersten Riede gestanden und oft, sehr oft zu Vertrauensposten gewählt wurde, um die Interessen der Allgemeinheit warm und überzeugend zu vertreten; es sei nur, um ein Beispiel anzuführen, an 1891/92 erinnert. Immer war er am Platze, wenn es galt, sich zu betätigen; vor persönlichen Opfern aller Art schreckte er nie zurück. Sein durchaus gerader und vielleicht auch etwas edler Charakter hat wohl manchem Kollegen nicht behagt, denn Gedankenverbergung kannte Siemens nicht und ließ jedem Menschen das zukommen, was er

nach seiner Meinung brauchte, dabei nicht verlegend und stets zur Verschönlichkeit geneigt. Nun, nach vollendetem 53. Jahre ruht er aus von allen seinen Freuden und Leiden, viel zu früh den Seinen und uns entrissen. Die Beisetzungsfeierlichkeit am Vortage gestaltete sich zu einer großen Kundgebung für den Verstorbenen. Wohl an 700 Kollegen folgten seinem Sarge. Namentlich die „Viedertafel“ hat an ihrem Hermann viel verloren. Ihr seit 1877 angehörend, war er immer einer der eifrigsten und pünktlichsten Säger. Die Erstführung für seine Viedertafel, lag darin, daß der Tod so überaus schnell kam. Sonnabend nach Mitternacht trennten sie sich von ihm und, kaum zu Hause angekommen, rang Kollege Siemens schon mit dem Tode; ein Gehirnschlag führte nach Stunden den Tod herbei. Wie am Grabe der schottische Farbenhor, „Stimm schließt der Säger“ erklang, wurde manches Auge feucht, man merkte den Sängern die tiefe Bewegung an; ergreifend kamen die Strophen zum Ausdruck. Seine unvergeßliche Wirklichkeit aber bleibt uns für alle Zeit in Erinnerung, und das ist das schönste Denkmal, das nicht allein die Säger, sondern auch die hannoversche Kollegenchaft, sowohl in Stadt wie Provinz, dem Kollegen, Hermann Siemens setzen werden.

Kundschau.

Dr. Max Jäncke ist am 25. November in Hannover im Alter von 42 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden. Der Verstorbenen war Verleger des „Hannoverschen Couriers“ und Mitbegründer des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, als dessen langjähriger Vorsitzender er die Interessen der Zeitungsverleger in unterschiedener Weise vertrat.

Als Schöffe für das Jahr 1912 wurde in Lübeck der Kollege Jandke gewählt.

Wegen unzulässiger Wettbewerb wurde in Zwickau der Druckereileiter J. M. Koch auf eine Klage des Deutschen Buchdruckervereins zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hatte als Leiter der von seiner Ehefrau in Zwickau betriebenen Druckerei in Zeitungen und in Birtularen auf Postkarten, Zetteln, Formularen, Mustern, die in Druck in großer Menge zur Verwertung bei Kunden, Buchdruckereien, Buchdruckerinnen, Papierhandlungen sowie beim Publikum hergestellt worden sind, das Geschäft als „Formularmagazin“ bezeichnet, das mit Schnell- und Diegelbrückenpressen usw. ausgestattet sei, und es weiter als „Verbandsbuchdruckerei“, als „Spezialfabrik für Bildwünsche und Visitenkarten“ und schließlich als ein solches Geschäft angepriesen, das „billiger als jede Konkurrenz zu liefern in der Lage sei“ usw. Da seine Angaben zum großen Teil un wahr und zur Irreführung geeignet waren, wurde er am 25. September vom Schöffengerichte zu Zwickau wegen unzulässiger Wettbewerbs zu 100 Mk. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Die beim Landgericht eingelegte Berufung wurde abgeworfen.

Als „König der Hotelkliebe“ wurde vor einigen Tagen in Berlin ein ehemaliger Schriftsetzer namens Robert Neumann zu zwölf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Er war das Haupt eines internationalen Verbrechertrios, das in verwegener Art, oft unter Anwendung von Betäubungsgasen, operierte. Von der Kriminalpolizei waren Photographien einer ganzen Sammlung der feinsten Werkzeuge angefertigt worden, die bei Neumann vorgefunden wurden. Sie dienten meist dazu, Hotelschlüssel durch sachkundige Abänderungen in sogenannte Hauptklüssel umzuwandeln, durch die man sämtliche Türen der betreffenden Hotels öffnen konnte.

Eine neue Briefmarkenendruckmaschine ist nach Mitteilungen der Tagespresse in letzter Zeit in der deutschen Reichsdruckerei aufgestellt worden, die als ein wahres Wunderwerk anzusehen ist. Ihre Leistungsfähigkeit beträgt zurecht 3000 Stück Marken in der Minute, jedoch kann auch das Doppelte erreicht werden. Um die Schwierigkeiten der Kontrolle der herzustellenden Wertzeichen zu überwinden, sind an der Maschine nicht nur besonders angetriebene Zählwerke angebracht, sondern es wird neben dem gedruckten Markenbände fortlaufend die Zahl der hergestellten Wertzeichen aufgedruckt. Unmittelbar nach dem Drucke geschieht die Perforation der Briefmarkenstreifen. Die neue Maschine hat bereits Tagesleistungen bis zu acht Millionen Wertzeichen aufzuweisen. Von den gangbaren Briefmarken werden im Reichspostgebiete jährlich verbraucht: 5-Pf.-Marken 18 Millionen Vogen, 10-Pf.-Marken 3 Millionen, 2-Pf.-Marken 8 Millionen und 20-Pf.-Marken 2,5 Millionen Vogen zu je 100 Stück.

Y einen Arbeiterssekretär suchen die Arbeiterssekretariate in Gera und Halberstadt zum 1. Januar 1912. Das Anfangsgehalt beträgt in Gera 1800 Mk. und in Halberstadt 2000 Mk. Für letzteren Ort wird eine tüchtige agitatorische Kraft gesucht. Bewerbungen sind für Halberstadt bis spätestens 5. Dezember unter der Aufschrift „Sekretär“ an Hermann Schwarze in Halberstadt, Reichstraße 16, einzureichen und für Gera zum gleichen Termin unter Beifügung einer schriftlichen Arbeit über die Aufgaben eines Arbeiterssekretärs und Mitteilungen über Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung an Otto Pfeiffer in Gera (Neuß), Alte-Schloßgasse 11.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 30. November 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 138.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Zur parteipolitischen Neutralität der freien Gewerkschaften nimmt das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ in gleicher Weise Stellung, wie dies im „Storr.“ entsprechend der von unsrer Generalversammlung jeweils präfigierten Gewerkschaftsstatut bisher regelmäßig vertreten wurde. Unlängst gab ein Artikel der „Soharbeiterzeitung“, in welchem vereinzelt vorgekommene Abweichungen von gewerkschaftlichen Mitteln an die sozialdemokratische Partei in folgender Weise kritisiert werden: In diesen aufgeregten Zeitaltern ist es begreiflich, daß der politisch interessierte Arbeiter, und das ist schließlich jeder, der nicht ganz stumpfsinnig durch die Welt geht, überall versucht, für seine Überzeugung zu wirken. Wir haben aber soviel Gelegenheit, politische Agitation zu treiben, daß wir darauf verzichten können, in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften Vorträge zu halten. Die Wahlagitation erfordert bedeutende Geldsummen, die von den Arbeitern meist pfennigweise gesammelt werden. Die Versuchung liegt nahe, die Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften als Gelegenheit zu benutzen, Sammlungen zu veranstalten oder aus vorhandenen Fonds Gelder für Wahlzwecke zu bewilligen. Wo das vorkommt, geschieht es gewiß in der besten Absicht, aber unter Verletzung der den Gewerkschaften zukommenden Obliegenheiten. Die direkte Dienstbarmachung der Gewerkschaftsorganisation für politische Zwecke kann um so leichter unterbleiben, als durch die Verpetterung der gegebenen Grenzen der Partei durchaus keine Mittel entzogen zu werden brauchen. Bei der außerordentlichen Bedeutung der bevorstehenden Wahlen hat jeder Arbeiter ohne weiteres die moralische Verpflichtung, sein Scherlein zu den Wahllosten beizutragen, und zwar halten wir dafür, daß dieser Verpflichtung aus der eigenen Sache genügt wird. Nur so kann die Opferwilligkeit der Arbeiter bekundet werden, nicht durch Überweisungen aus einem Fonds, dessen Mittel eigentlich für andre Aufgaben im Dienste der Arbeiter bestimmt waren.“ Diesen Ausführungen stimmt das „Korrespondenzblatt“ durchaus zu und schreibt u. a. weiter: Es ist Sache der Parteiorganisation, den Wahlkampf zu führen und die Mittel dafür aufzubringen. Daran darf auch die Tatsache nichts ändern, daß die Organisationen des deutschen Unternehmertums durch die Bereithaltung von Mitteln den Wahlkampf der arbeitseigenen Parteien unterstützen. Die Gewerkschaften bedürfen ihrer Mittel für den gewerkschaftlichen Kampf und die sozialdemokratische Partei ist sowohl organisatorisch als finanziell zu gestützt, daß sie den Wahlkampf mit eigenen Mitteln zu führen in der Lage ist. Andererseits ist es auch bisher nicht üblich gewesen, den Wahlkampf der sozialdemokratischen Partei aus Gewerkschaftsmitteln zu finanzieren, obgleich es wohl vereinzelt vorgekommen sein mag, daß einzelne Zahlstellen eines Verbandes oder ein Kartell eine kleine Summe gesammelt haben. Die gegnerische Presse, die daraus Kapital für ihre Bestrebungen zu schlagen versucht, hat da einen sehr mageren Knochen erwischt. Sie sollte sich doch auch einmal um die Bestrebungen der Unternehmerorganisation kümmern, die für die Wahl von Lebensmittelmitteln und Koalitionsechtsfeinden erhebliche Mittel aufbringen.

Zur Tabakarbeiteraussperrung. Über die Verletzung der Tabakarbeiterforderungen kann es unter sozialpolitisch verständigen Leuten keinen Zweifel geben. Wohl in nur wenigen Industrien zeigt sich die kapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft so rückwärtslos und teufel wie in der Tabakindustrie, speziell in der deutschen Zigarrenfabrikation. Abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen dominieren in ihr lange Arbeitszeiten und große Löhne. Ein kaum zu beschreibendes Elend herrscht unter den in dieser Branche beschäftigten Arbeitern. Viele Kranke und frühzeitig Sieche sind unter den Tabakarbeitern zu finden; die Tuberkulose in jeder Gestalt ist unter ihnen weit verbreitet. Angeichts dieser Tatsache wird es jeder sozial Denkende und Fühlende nur mit Freuden begrüßen müssen, wenn diese Arbeiterkräfte, deren Leiden eine große gesundheitliche Gefahr für die übrige Menschheit bildet, sich ansieht, ihre gewerkschaftliche Organisation auszubauen, um, gestützt auf diese, zu einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Lage zu gelangen. Und um dieses Streben zu vereiteln, bringen die Zigarrenindustriellen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung. Die Profitmaximierung kommt in Gefahr, und daher greifen sie mit brutaler Gewalt ein, um die gewerkschaftliche Organisation zu zerstören oder doch auf Jahre hinaus lahmzulegen. Besonders sind es die westfälischen Zigarrenfabrikanten, die durch die jetzt verhängte Aussperrung dieses Ziel erreichen wollen. In Westfalen werden jammervolle Löhne gezahlt. Nach den Jahresberichten der Mindener Handelskammer sind die Löhne nicht allein schlecht, sondern sie zeigen sogar für die Mehrheit der Tabakarbeiter in Westfalen eine sinkende Tendenz, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als in

der gleichen Zeit, in der die Löhne sinken, die Preise der notwendigen Lebensmittel horrend gestiegen sind. Nach diesen Handelskammerberichten betragen die täglichen Durchschnittslöhne der versicherungspflichtigen Arbeiter:

Im Kreise	1907:	1910:
Lübbecke:	für 2295 Arb. 1,94 Mt.;	für 2278 Arb. 1,75 Mt.
Sersford:	„ 8933 „ 2,18 „	„ 7511 „ 2,17 „
Winden:	„ 2129 „ 2,33 „	„ 1768 „ 2,37 „

Die Mehrheit dieser Tabakarbeiter hat also mit sinkenden Löhnen zu rechnen, denn der Durchschnittslohn ist danach von 2,16 Mt. im Jahre 1907 auf beinahe 2,11 Mt. im Jahre 1910 gesunken. Genau dasselbe Bild zeigt sich in den Zigarrenbetrieben im Fürstentum Lippe-Detmold und in Waldeck sowie in allen heimindustriellen Betrieben, die im Inbustrgebiet weit verbreitet sind. Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes sind es, mit denen die westfälischen Tabakarbeiter abgepeist werden.

Die Sittenwidrigkeit der Streitarbeit stellte das Berliner Gewerbegericht abermals fest, und zwar wiederum in einer Schadenersatzklage, die aus dem gegenwärtigen Kampf im Steinbrudergewerbe hervorging. Die Klage stützt sich auf § 124b der Gewerbeordnung, wonach der Arbeitgeber für den Fall des Kontraktbruchs des Arbeiters den ordentlichen Tagelohn für eine Woche als Schadenersatz fordern kann, ohne dabei an den Nachweis des Schadens gebunden zu sein. Der Beklagte erhob Widerklage wegen 7,60 Mt. rückständigen Lohns und machte geltend, daß er mit Recht die Arbeit verweigert hätte, weil er, obwohl er nur Hilfsarbeiter sei, die Arbeit der ausländischen Steinbruder machen sollte. Das Gewerbegericht erklärte die Verweigerung der Streitarbeit für durchaus berechtigt. Da der Beklagte aber nicht die ihm zugemutete Streitarbeit zurückgewiesen, sondern kurzerhand das Arbeitsverhältnis fristlos gelöst habe, so liege allerdings Kontraktbruch vor. Beklagter wurde verurteilt, an den Kläger die Entschädigung zu zahlen, während dieser an den Beklagten und Widerkläger den rückständigen Lohn mit 7,60 Mt. herauszahlen muß.

Trauriges Bekenntnis eines christlichen Gewerkschaftsartikels. Ein Konmerzientrat in Trier jagungs-Rattenstrauch erlaubte sich vor einiger Zeit den Ausdruck, die christlichen Gewerkschaften seien sozialdemokratisch angehaucht und zum Zentrum seien. Das verschuppte die ehrbaren Christlichen ganz gewaltig. Sie bekümmerten Rache und fanden sich, einem Rufe des christlichen Gewerkschaftsartikels folgend, vor einigen Tagen zu einer Protestversammlung zusammen. Nach langem Hin und Her einigten sie sich dann auf folgende Resolution: „Die heute im Saale des Herrn Kirchen tagende, gutbesuchte christliche Gewerkschaftsversammlung nimmt von den in der liberalen Volksversammlung aufgestellten unrichtigen Behauptungen des Herrn Konmerzientrats Rattenstrauch, nach denen die christlichen Gewerkschaften sozialdemokratisch angehaucht und dem Zentrum zugehörten, mit Entrüstung Kenntnis. Sie protestiert auf das schärfste und verlangt, daß Herr Rattenstrauch seine Behauptungen zurücknimmt oder den Wahrheitsbeweis erbringt. Wir erkliden in den Behauptungen eine öffentliche Herabsetzung unserer Organisation und Ehre sowie eine unser Ansehen und unsre Weiterentwicklung schädigende Äußerung gegenüber unsren weltlichen und kirchlichen vorgelegten Behörden und Autoritäten, nicht zuletzt auch bei den uns fernstehenden Arbeiterkreisen. Wir fordern daher alle unsre bisherigen Freunde und Wähler sowie die uns fernstehenden Kollegen, nicht zuletzt auch unsre Mitglieder auf, sich an den Wagnationen unsrer Wegner nicht betreten zu lassen, sondern mit noch größerem Eifer als bisher an der Stärkung der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten, zum Wohle und zur Ehre des Arbeiterstandes.“ Mehr Wahrheitsliebe kann man wahrlich nicht verlangen. Denn daß die christlichen Gewerkschaften sich verlost fühlen, wenn man ihre Bedenken und Baudruiderei vor „weltlichen und kirchlichen vorgelegten Behörden“ auch nur ein klein wenig bezweifelt, das wissen wir schon längst. In dieser Weltanschauung oder „Religion“, wie die „Christlichen“ Führer ihre Grundfänge nennen, die in der Hauptfrage darin bestehen, „weltlichen und kirchlichen vorgelegten Behörden“ sich mit Haut und Haaren zu verschreiben und sich damit jeder eignen Menschenwürde zu entledigen, liegt in Wirklichkeit der größte Gegensatz zwischen uns und den „Christlichen“ oder Welschen. In einer solchen Rückgratlosigkeit und ererbenden Kriecherei nach oben aber das Wohl und die Ehre des Arbeiterstandes zu erkliden, ist die traurigste Zumutung an die deutsche Arbeiterschaft, die bisher zu verzeichnen war.

Eine auffallende Entwicklung der amerikanischen Industrie wird durch eine jeden von dem amerikanischen statistischen Amt veröffentlichte Statistik erkenntlich gemacht. Es hat sich demnach der Wert der Industrieprodukte der Vereinigten Staaten innerhalb nur fünf Jahren um rund 40 Proz. gesteigert. Die Zahl der Fabriken hat sich in dem Zeitraum von 1904 bis

1909 um 24, das Kapital um 45, der Wert des verbrauchten Materials um 43, die Gefährten und Abfälle um 37, die Zahl der Beamten und Kommiss um 52 und die Zahl der Arbeiter um 21 Proz. erhöht. Der durchschnittliche Reingewinn der Fabriken wird auf 12 Proz. geschätzt. Im Einklange mit dieser industriellen Entwicklung steht die Bevölkerungsveränderung der Vereinigten Staaten. 46 Proz. der Gesamtbevölkerung leben in Städten, im Jahre 1900 waren es nur 40,7 Proz. Seit dem Jahre 1900 hat sich die städtische Bevölkerung um 35 Proz., die ländliche dagegen nur um 11 Proz. vermehrt. Galt diese Entwicklung weiter an, und es liegen vorläufig keine Anzeichen für eine Umänderung derselben vor, dann werden im Jahre 1920 mehr als die Hälfte der Menschen in Städten wohnen! Das heißt die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden ihren Nahrungsmittelexport nach Europa weiter wesentlich vermindert haben, in vielen Artikeln wird er ganz verschwinden sein.

Briefkasten.

M. B. in Wiesbaden: Von der ausführlicheren Wiedergabe des in letzter Versammlung gehaltenen Vortrags mußte aus Rücksicht auf den Rest des Jahres knapp bemessenen Raums des „Korr.“ abgesehen werden. Zur übrigen erfüllt die Skizzierung von Vorträgen nur selten ihren Zweck. — P. 10, 11b: Wenden Sie sich an R. Siegel, München SO 7, mit Ihrem Anliegen. Dort können Sie das Gemütsgefährt erhalten. — R. W. in G.: Selbstverständlich gilt der erhöhte Beitrag der Allgemeinen Buchdruckerunterstützungskasse von wöchentlich 1,25 M. für alle Mitglieder und nicht nur für einzelne Bezirke. Daß die in Frage kommenden Mitglieder Ihres Bezirks davon nichts wissen, ist ja sehr bezeichnend für die Vorsicht der betreffenden Kasseeverwaltung. — S. J. in D.-R.: Die Übergangsbestimmungen gehen erst am 1. Oktober 1913 zu Ende. Alle Ihre Fragen finden in der im Vorjahre (Nr. 101, 103, 105, 107) erschienenen Artikelserie „Aus der Handwerkersegregation“ Beantwortung. Der Antrag auf Verleihung der Anleitungsbefugnis ist schriftlich bei der unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat usw.) zu stellen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 131.
Genreipräsident W. 11191.

Beiratsveränderungen.

Weimar (Bezirk und Ort). Wegen Abreise des Vorsitzenden sind bis auf weiteres alle Zusendungen an Hugo Schlovoigt in Oberweimar zu richten.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Wolsheim der Seher Karl Hüftele, geb. in Herzfeld 1801, ausgel. in Erlsen 1911; war noch nicht Mitglied. — G. Kallisch in Straßburg, Freiburger-Gasse 3.

In Neuendettelsau der Seher Christian Wolf, geb. in Walkersbach 1859, ausgel. in Schorndorf 1907; war noch nicht Mitglied. — In Traunkirchen der Seher Hans Gerlmayer, geb. in Prien 1804, ausgel. bef. 1911; war noch nicht Mitglied. — In Würzburg der Seher Max Derleth, geb. in Fürtz 1893, ausgel. in Königshofen 1911; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seih in München, Holzstraße 24 I.

In Stettin die Seher 1. Hermann Biber, geb. in Straßburg 1853, ausgel. bef. 1902; 2. Artur Fromm, geb. in Zollbrück i. P. 1858, ausgel. in Oberberg 1907; waren schon Mitglieder. — P. Gaimach, Turnerstraße 10.

Versammlungskalender.

Nürnberg. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“.
Auerbach-Glefeld-Gallensstein. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abends pünktlich 9 Uhr, im „Vergeltter“ in Glefeld.
Barmen. Bezirksversammlung Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Henschel im „Vollshaus“.
Berlin. Korrektorenversammlung Sonntag, den 3. Dezember, abends pünktlich 7 Uhr, im „Grapshofen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.
Essen. Korrektorenversammlung Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Matthiaspark“, Woltkestraße 17.
Gurgolz. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“.
Detmold. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abends 9 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zentralhallen“.
Dresden. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 3. Dezember, vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr, im Wdams Restaurant, Rautschstraße.
Hülfeld. Korrektorenversammlung Samstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.
Frankfurt a. M. Versammlung Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus „Zur Sonne“ in Höchst, Sonnenstraße 3.
— Verbandsversammlung Sonntag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“.

Frankfurt a. M. Versammlung der tariffreien Gehilfen des 3. Tarifstufes Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“.

Frankfurt a. M. Offenbach. Versammlung Samstag, 2. Dezember, abds. 11 Uhr, im Restaurant „Rempfbrau“, Mainlat. 33.

Gotha. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im „Waldhaus“.

Greif. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im „Tunne“.

Leipzig. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 4).

Indwischhafen a. Rh. Versammlung Samstag, den 2. Dezember, abds. pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Terminus“, Kaiser-Wilhelm-Str. 44.

Magdeburg. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, abds. 8 1/2 Uhr, im „Voden-Reiner“, Breitenweg 168, II.

Mainz. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Brauhaus“ am „Gutenberg“.

Münster a. S. Bezirksversammlung Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im „Schwarzen Adler“.

Münster a. S. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Waag, Mühlent. Str. 10.

Striegau. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im „Stadt Hamburg“.

Wilm-Heim. Versammlung Samstag, den 2. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im „Bayerischen Hof“, Neumün. Marktplatz.

Zell. Generalversammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, bei „Wagner“ (Waldstraße).

Zwickau i. S. Versammlung Sonnabend, den 2. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im „Weidener“, Taifstraße.

Vierfarbendruck-

Maschinenmeister bei hohem Lohn gesucht. Nur allererste Kräfte belieben Angebot einzureichen mit Gehaltsansprüchen und Eintrittstermin.

Döring & Huning, Berlin SW, Friedrichstr. 16

Wie werde ich leistungsfähiger?

Von der Leistungsfähigkeit des einzelnen hängt sein Erfolg im Leben ab. Der Leistungsfähigere wird immer den Vorrang vor dem weniger Leistungsfähigen haben. Ist er selbständig, so wird er seine Konkurrenten überholen durch neue Arten des Vortriebes, der Organisation, der Reklame usw. Er wird darauf bedacht sein, sein Personal zu weiterer Ausbildung zu ermuntern, um es so möglichst leistungsfähig zu machen. Der Prinzipal, der immer Angst hat, das Interesse der Angestellten würde durch Weiterbildung vom Geschäft abgelenkt, ist kein Geschäftsmann, denn sein Personal kann nie zu leistungsfähig sein. Eine Uhr, bei der nur das Triebrad von Stahl, die andern aber von Blei sind, wird weder präzise noch wird sie lange gehen! Ein Angestellter, der dem Prinzipal eine gute Idee bringt, wie er sein Geschäft weiter heben kann, ist mehr wert als ein Dutzend anderer, die ihre Arbeit schablonenmäßig verrichten. Ein Geschäft, von dessen Personal jeder einzelne auf dem Höhepunkte der Leistungsfähigkeit steht, muß naturgemäß alle andern überholen. Und so ist es auch im Staate. Von der Leistungsfähigkeit eines jeden einzelnen hängt die Größe der Nation ab. Säumen Sie deshalb keinen Augenblick, an der Steigerung Ihrer eignen Leistungsfähigkeit zu arbeiten. Die beste Anleitung hierzu bietet Ihnen Pöhlmanns weltbekannte Gedächtnislehre. Über einmihunderttausend Schüler jeden Standes und jeden Alters! Ein paar Aussätze aus Zeugnissen: „Wer mit Ihrer Gedächtnislehre ausgestattet ist, bei dem gibt es kein Hindernis mehr.“ „A. B.“ „Miß anerkennen, daß Ihre Gedächtnislehre den ganzen Menschen in seinem Tun und Treiben vorstellbar umbildet.“ R. F. „Furcht und Grauen vor Schwierigkeiten sind einem unbeherrschbaren Arbeitstriebe gewichen.“ P. R. „In Pöhlmanns Gedächtnislehre haben wir einen unübertrefflichen Beitrag zur Lösung der Frage erhalten, auf welchem Wege die höchste geistige Entwicklung erreichbar sei.“ R. H. „Verlangen Sie heute noch Prospekt (kostenlos) von L. Pöhlmann, Amalienstraße 3, München P. 186.“ [237]

Wer das Schreiftschreiben innerhalb eines Jahres systematisch erlernen will verlange sofort ausführlichen Prospekt und Anmeldeformular vom Verlag der Typographischen Buchverleger Leipzig.

Altkundenzeker

als Faktor für mittlere Buchdrucker in Hamburg mit einigen tausend Mark Einlage zum Seminar in Vertrauensstellung gesucht. Beste Offerten unter Nr. 239 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schriftseker gesucht.

Gewünscht wird ein selbständiger, zuverlässiger Arbeiter, der speziell kleine einfache Altzenden (Geschäftsdruckachen) schnell zu setzen versteht, das Korrekturwesen übernimmt und hierin wie im Deutschen sicher ist. Befähigt wird nur auf einen Monat in dem Hauptamtigen Herrn, der sich über obiges können durch mehrjährige Tätigkeit ausweisen kann. Stellung angenehm, selbständig und dauernd. Lohn 10 Mk. Eintritt möglichst schnell. [225] Otto Pöhlmann, Buchdrucker, Hamburg, Alsterdörfer Straße 9.

Zwei tüchtige Setzer

für Zeitung und Inserate, durchaus korrekte Arbeiter, erhalten sofort dauernde tarifliche Kondition. „Zürcherwald Cegelakt“, [236] Birkenwälder (Sprech).

Wichtigen

Komplettmaschinengießer

für Forderer an Type I und II für dauernde Stellung sucht [231] Schriftgießerei Hirsch, Frankfurt a. M.

Handmaschinengießer

findet dauernde Kondition. Schriftgießerei Otto Esch, Berlin 8, Dresdener Straße 108.

Hand- und Komplettmaschinengießer

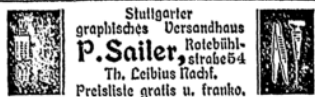
sowie Fertigmachung in dauernde Kondition ein Otto Heiser, Leipzig a. T. [231] Schriftgießerei und Metallgießerei.

Für Schriftgießereien!

Älterer, erfahrener Schriftgießer, in allen vorstehenden Arbeiten bestens bewandert, in die Stellung eines Setzers oder als Fertigmacher und Böhleboiler. Eintritt kann auf Wunsch sofort erfolgen. Beste Offerten unter K. O. 221 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Charaktervolle, äußerst schöne

Handschrift wird durch das fähig, bekannte Verfahren „Express“ aus F. Kumpfleins Lehrmittelverlag, Großberkel 5 (Hannover), erlangt. [226] Preis nur 90 Pf.



Dresden Buchdruck-Maschm.-Verein. Dresden

Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 11 Uhr: Monatsversammlung. im Vereinslokale. [224] Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. Da mit obiger Versammlung unser Geschäftsjahr schließt, werden die Kollegen ersucht, behufs Abschluß der Jahresrechnung ihre Reste zu begeben.

Deutsches :: In Freud und Leid
Buchdrucker- Ein gut Geleitet ::
Liederbuch ::

Prole direkt 1,25 Mk., im Buchhandel 1,75 Mk. ::

Herausgeber Willi Krahl
Verlag von Radelli & Hille
Leipzig, Salomonstraße 8

Das vorteilhafteste Weihnachtsgeschenk 1911. Von meiner Color-Emaille-Badewannen C. B. die mir auf der Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 die Silberne Medaille erworben, verkaufe ich zur Weihnachts- und allgemeinen Einföhrung bis Weihnachten noch garantiert 1000 Stück [232]

anstatt 31 Mk. Stufenpreis für nur 19 Mk. franco Ihrer Subskription gegen Rücknahme. Diese Wannen sind aus Stahlblech gefertigt und unter der nicht bringenden Color-Emaille (D. R. G. M.) sehr beständig, also ewig rostfrei, immer blendend weiß und sauber. Nur verzinkt ohne Color-Emaille kostet die Wanne anstatt 20 Mk. nur 14,50 Mk. franco. Für über 170 cm große Wannen kosten die Wannen je 5 Mk. mehr. Bitte sofort bestellen!

Soll- und Metallwerk, Oederan, Sa.

Das Bauspiel der Kinderwelt! Das lehrreichste Spiel der Gegenwart! D. R. P. Mit demselben lassen sich nach ausführlichen Vorlagen u. eignen Ideen alle erdenklichen Modelle bauen und im Betrieb setzen. Preise: 1.20, 2.-, 3.50, 5.50 Mk. mit Dynamobil 10.50-15.- Mk. portofrei. Einzelne Dynamobile nur 1.50 Mk. - Illustrierter Prospekt gratis und franko. [233] Beglaubigte Anerkennungen.

Friedrich Schulze, Berlin SO 26 D Waldemarstraße 30.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonntag, den 10. Dezember, vormittags pünktlich 10 Uhr, im neuen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide: Außerordentliche Maschinenmeisterversammlung. Tagesordnung: „Die Entwicklung und die Aufgaben des Berliner Maschinenmeistervereins“. Referent: Albert Rastlitz. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen jedes einzelnen Maschinenmeisters Ehrensache. Die Vertrauensleute werden ersucht, recht regen für diese Versammlung Propaganda zu machen. [234] Mit kollegialem Gruße: Der Gauvorstand.

Deutsche Buchdrucker-Stenographenvereinigung

Stenographischen Fernunterricht erteilt Joh. Helben, Trauben-Trarbach (Mosel). Lehrmittel 1,50 Mk., außerdem Vergütung der Portoauslagen. [837]

Gutenbergbüsten in Alabaster- oder Eikonbeimasse zu Mk. —, 50, 2,25, 6, 7,50, 18, 22,50 und 88 je nach Größe empfiehlt K. Stigl, München SO 7. Katalog gratis. [61]

Dank! Anlässlich meines 25-jährigen Schrifttätigkeitsjubiläums meiner wertvollen Kollegen und Kollegen für die Ehrungen und Glückwünsche meinen innigsten Dank. Möge es ihnen vergütet sein, das letzte Blatt in gleicher Weise zu feiern. [223] Nürnberg, im November 1911.

Die Herren Vertrauensleute werden um Angabe der Adresse des Setzers Alfred Hettwig (Hpt. Nr. 57183) gebet. Inoffen verberichtet. B. Brand, Zwickau (Sa.), Glatzer Straße 19.

Beh. Zergangst.

Todesanzeige.

Vor kurzem verschieden unser werter Mitglied, die Korrektoren [240] Wilhelm Wald

aus Köln im 40. Lebensjahre und Karl Georg Müller

aus Barmen, 55 Jahre alt. Ihr Andenken werden wir in Ehren halten. Rheln.-Westf. Korrektorenverein (Sitz Köln).

Am 22. November entschlief

nach langem, schwerem Leiden, unser Kollege, der Schriftsetzer

Maximilian Kner

im Jahre 1857 in Wien geboren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [227].

Der Ortsverein Danzig (V. d. D. B.).

Am 22. November erlörte der

Tod von langem, schwerem Leiden den Schriftsetzer

Maximilian Kner.

Er war uns ein lieber Freund und Kollege; wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. [228]

Die Gehilfen der „Danziger Neuesten Nachrichten“ Fuchs & Ko.

Am 25. November vorstarb unser hochverehrter Senlorchef, der Buchdruckerbesitzer Herr

August Bernecker

im Alter von 78 Jahren. Der Verstorbene war Gründer des Geschäfts und des „Meisunger Kreisblattes“. Durch unermüdlichen Fleiß hat er es aus kleinen Anfängen zur heutigen Höhe gebracht. Uns war er ein geehrter Chef, wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Meisungen, im November 1911. [229]

Die Kollegen der Buchdrucker A. Bernecker.